



Verantwortung für Roma aus den Balkanstaaten wahrnehmen

1. Wir begrüßen die Erneuerung des Kosovo-Erlasses durch den Senator für Inneres.
2. Wir fordern den Senat auf, den Vollzug der Rückführung von Angehörigen der Roma und anderer Minderheiten aus allen Balkanstaaten weiterhin besonders sorgfältig zu prüfen, Ermessensspielräume zur Erteilung langfristiger Aufenthaltstitel zu nutzen und insbesondere sicherzustellen, dass niemand während der kalten Jahreszeit in existenzielle Nöte abgeschoben oder zur „freiwilligen“ Ausreise gedrängt wird.
3. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich aktiv für die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation der Roma im Balkan einzusetzen, wie es im gemeinsamen Beschluss der Bundeskanzlerin sowie der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder vom 24. September 2015 vereinbart wurde.
4. Wir fordern die stärkere Anerkennung von nichtstaatlicher Verfolgung und von kumulativen Verfolgungsgründen im deutschen Asylrecht. Der diskriminierungsfreie Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Bildung, zum Wohnungsmarkt, zu sanitären Einrichtungen und sauberem Trinkwasser und zum Gesundheitswesen ist menschenrechtlich verbrieft. Soweit Roma und andere Minderheiten diesbezüglich massive Diskriminierungen und Ausgrenzungen erfahren, sollten sie Anspruch auf Asyl in Deutschland haben.
5. Wir fordern, dass aus Verantwortung vor der deutschen Geschichte Roma aus den Balkanstaaten im Rahmen jährlicher Kontingente die Möglichkeit erhalten, sich unabhängig von Asylverfahren oder Arbeitsmigration dauerhaft in der Bundesrepublik Deutschland niederzulassen. Auch Roma, die in früheren Jahren einen vergeblichen Anlauf unternommen haben, über das Asylverfahren eine Existenz in Deutschland aufzubauen, dürfen hiervon nicht ausgeschlossen sein.